

A2-B Bewegt euch: Umwelt retten!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 17.11.2018
Tagesordnungspunkt: 0 Beschlüsse

1 Unsere Gesellschaft ist in Bewegung. Tausende Menschen gingen bei #unteilbar,
2 der Seebrücke und #hambibleibt auf die Straße. Ihre Forderungen - und auch die
3 grünen Wahlerfolge - zeigen, dass es
4 möglich ist, viele Menschen für globale Solidarität, ambitionierte Umweltpolitik
5 und einen progressiven pro-europäischen Kurs zu begeistern. All dies sind
6 Elemente einer Politik, die nicht auf
7 Abschottung, der Ausbeutung von Mensch und Umwelt und der Auslagerung von
8 Problemen auf marginalisierte Gruppen und die Umwelt beruht.
9 Diese Proteste sind auch eine Antwort auf die multiplen Krisen, die wir erleben:
10 Weltweites Artensterben, Klimakatastrophe, Bankenkrise, der Abbau des
11 Sozialstaats, das globale Voranschreiten von Autoritarismus und Ausgrenzung. Als
12 Antwort verstecken sich politische Rechte und Konservative hinter Abschottung,
13 Ausbeutung und Grenzschießung.
14 Die politische Trennlinie verläuft dabei immer stärker zwischen einem
15 transnationalen Politikentwurf und nationalem Egoismus. Wenn Donald Trump das
16 Pariser Klimaabkommen oder 250.000 Faschist*innen in Polen aufmarschieren machen
17 wir gemeinsam mit progressiven politischen
18 Bewegungen klar: Unsere Solidarität kennt keine Grenzen. In diesem Kontext ist
19 für uns auch die Lösung der sozialen Frage, wie sie Sahara Wagenknecht vertritt,
20 keine Lösung. Denn jeder Mensch hat
21 dieselben Rechte, unabhängig davon, an welchem Ort auf der Erde er*sie geboren
22 ist oder lebt. Uns ist bewusst, dass wir die großen politischen
23 Herausforderungen, wie die Klimakatastrophe, den Verlust von Biodiversität,
24 Ungleichheit der Lebensverhältnisse, Hunger, Armut,
25 Umweltverschmutzung, Krieg und Gewalt nicht mit Kleinstaaterei und Nationalismus
26 lösen werden.
27 Wir wollen diese Probleme grundsätzlich angehen und keinen Scheinlösungen
28 hinterherlaufen. Es geht uns um den Aufbau breiter Gerechtigkeitsperspektiven,
29 die aufhören Lohnabhängige global gegeneinander auszuspielen. Es geht uns darum,
30 für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, indem wir Umwelt und Soziales miteinander zu
31 verknüpfen. Beides gegeneinander auszuspielen verstärkt Ungerechtigkeit und
32 Ungleichheit.

Ausbeutung, Auslagerung und Abschottung

34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80

Die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts ermöglichten nicht nur Eliten, sondern auch anderen Schichten der Bevölkerung des Globalen Nordens Teilhabe an einem höheren Wohlstand. Zwar ermöglichten Kämpfe der Arbeiter*innen, vor allem im Globalen Norden Lohnsteigerungen und eine Ausweitung des Sozialstaats. Diese ging allerdings mit einer verstärkten Ausbeutung von Lohnabhängigen und natürlichen Ressourcen, vor allem im Globalen Süden einher.

Mit der globalen Ausbreitung neoliberaler Dogmen ab den 70er Jahren wurde der Wunsch nach Teilhabe an diesem Wohlstandsmodell auch in Ländern wie Brasilien, Indien, China oder Südafrika größer. In Deutschland schlägt sich diese Ausweitung neoliberaler Dogmen im weiter voranschreitenden Abbau des Sozialstaats wieder.

Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Insbesondere im Globalen Norden sind sie auch Teil einer Struktur, die andere Menschen ausbeutet. Die massive Überproduktion des Kapitalismus für eigentlich gesättigte Märkte führt zu massiven Folgen für die Umwelt und Menschen. Ausbeutung, Externalisierung und Abschottung sind zentrale Mechanismen, die dies ermöglichen.

Menschen werden nicht nur ausgebeutet. Insbesondere im Globalen Norden sind sie auch Teil einer Struktur, die andere Menschen ausbeutet. Die massive Überproduktion des Kapitalismus für eigentlich gesättigte Märkte führt zu massiven Folgen für die Umwelt und Menschen. Ausbeutung, Externalisierung und Abschottung sind zentrale Mechanismen, die dies ermöglichen.

So wird die Produktion von Gütern durch die Ausbeutung von Mensch und Umwelt ermöglicht. Dies beinhaltet beispielsweise Landgrabbing durch multinationale Konzerne im Globalen Süden, Lohndumping im Norden, die Missachtung von Arbeitsschutzbestimmungen und die massive Zerstörung von Biodiversität, wie sie beispielsweise bei der Abholzung von Regenwäldern oder dem globalen Insektensterben deutlich wird.

Darüber hinaus werden die Kosten und Folgen von Produktion und Konsum vom Globalen Norden in den Globalen Süden ausgelagert, also externalisiert. Große Teile der Produktion im globalen Norden basieren beispielsweise auf der Nutzung fossiler Energieträger. Die Folgen durch die Klimakrise sind allseits bekannt. Sie belasten vor allem den Globalen Süden. Darüber hinaus werden insbesondere durch den Globalen Norden globale Senken in Anspruch genommen. Darunter sind Aspekte des globalen Ökosystems zu verstehen, die für die Entsorgung von Abfallprodukten genutzt werden. Beispiele sind die Atmosphäre, in die Treibhausgase gelangen, Böden, die unter Mülldeponien liegen oder Meere, die

81 sich immer stärker mit Plastik und anderem Müll anreichern und die auch CO2
82 speichern. Doch die Kapazität dieser Senken ist endlich, ihre Übernutzung führt
83 zu einer Verstärkung jetzt schon bestehender Ungerechtigkeiten.

84
85 Das System kann in der jetzigen Form nur bestehen, wenn es Ressourcen gibt, die
86 ausgebeutet werden können und Externalisierung möglich ist. Ausgrenzung und
87 Ungerechtigkeit ermöglichen die Funktion des Systems.

88
89 Dies sind zentrale Elemente von Produktion und Reproduktion kapitalistischer
90 Gesellschaften: Menschen und Umwelt werden ausgebeutet. Kapitalistische Zentren
91 lagern die Kosten ihres Lebensstils in den Globalen Süden aus. Die
92 Wirtschaftsweise des Globalen Nordens ist von diesen Elementen abhängig. Macht,
93 Herrschaft, Ungleichheit und auch Gewalt ermöglichen momentan die
94 Aufrechterhaltung dieser Wirtschaftsweise.

95
96 Wir sehen die Folgen dieser Art des Wirtschaftens. Als Antwort werden materielle
97 Zugeständnisse seitens der herrschenden Klassen zurückgeschraubt und Freiheiten
98 immer weiter eingeschränkt. In diesen Tenor verfällt auch die politische Rechte.
99 Ihre Antwort basiert auf Abschottung, Neoliberalisierung und Ausgrenzung.

100
101 Um die oben genannten Probleme zu lösen, müssen wir für ein freiheitliches,
102 solidarisch-kooperatives Leben im Rahmen der ökologischen Grenzen unseres
103 Planeten, also für die Überwindung des
104 Kapitalismus, streiten. Das schaffen wir nicht alleine. Wir müssen uns an der
105 Seite politischer Bewegungen und der Zivilgesellschaft einmischen. Und wir
106 müssen Kämpfe global miteinander verknüpfen: Globale und lokale Kämpfe gehören
107 zusammen. Und die vermeintliche Trennung zwischen „Umwelt“ und „Sozialem“ ist
108 keine. Beide Aspekte müssen zusammengedacht werden, denn Wohlstand darf nicht
109 auf Ausbeutung, Externalisierung und Exklusivität beruhen. Wir wollen eine
110 globale Politik, die ambitioniert-radikale Umweltpolitik und soziale
111 Gerechtigkeit zusammen denkt. Daraus leitet sich unser Bestreben nach einem
112 radikalen Wandel ab. Doch um diese Vision zu
113 erreichen, gibt es keine grundlegende Lösung. Wir müssen mit vielen kleinen
114 Schritten eine globale Transformation anstoßen, um Wandlungsprozesse wie
115 Globalisierung, ein linkes Europa, die Überwindung nationalstaatlicher
116 Gedankenkonstrukte und des Kapitalismus sowie eine solidarische Weltgemeinschaft
117 sind dafür notwendiger denn je! Lohnabhängige dürfen dabei nicht gegeneinander
118 ausgespielt werden.

119 **Kampf gegen Umweltzerstörung als Ausgangspunkt für eine globale Politik**

120 Wir stehen momentan vor gravierenden Umweltproblemen, die schon jetzt extreme
121 Auswirkungen auch auf uns Menschen haben. Das weltweite Artensterben, das
122 hauptsächlich vom Menschen verschuldet wird, stellt eine der größten globalen
123 Krisen unserer Zeit dar. Wir brauchen Biodiversität für intakte Ökosysteme, die
124 für uns lebenswichtige Dienstleistungen bereitstellen wie beispielsweise

125 sauberes Trinkwasser, Bestäubung von Blüten für den Ackerbau oder natürliche
126 Ressourcen wie Holz. Des Weiteren kommen ökologische Probleme wie der globale
127 Verlust von Böden, die die Grundlage für unseren Ackerbau darstellen, die
128 Ausbeutung natürlicher Ressourcen der Wälder oder Fischbestände der Meere mehr
129 hinzu. In unseren Meeren sammelt sich außerdem in großen Mengen Plastik, welches
130 nicht abgebaut wird und so die Menschheit noch lange beschäftigen wird. Die
131 Klimakrise verstärkt dabei viele dieser Effekte. Heute treffen die Folgen der
132 Klimakatastrophen besonders starkem Maße die Menschen in den ärmsten Teilen der
133 Welt, die westlichen Industriestaaten lagern die Kosten ihrer Lebens- und
134 Wirtschaftsweise aus.

135
136 Für viele Menschen ist die Klimakatastrophe längst keine Theorie mehr - sie ist
137 knallharte Realität. Immer mehr Menschen verlieren ihr Zuhause und ganze
138 Landstriche werden unbewohnbar. Sie bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit,
139 Überschwemmungen und Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und
140 führt an vielen Stellen zum Verlust der Lebensgrundlage. Es geht längst nicht
141 mehr nur um Emissionsreduktionen. Es geht auch um Anpassung an den Klimawandel.
142 Und es geht um den Umgang mit den Folgen, wenn Anpassung nicht mehr möglich ist,
143 zum Beispiel extreme Wetterereignisse oder langsam einsetzende Geschehnisse wie
144 Ozeanversauerung, also Verlust und
145 Schaden. Insbesondere Staaten des Globalen Nordens haben die Klimakrise
146 verursacht. Sie müssen daher im Sinne des Verursacher*innenprinzips
147 Verantwortung tragen und dieser auch gerecht werden. Unsere Unterstützung gilt
148 den Opfern und Geschädigten des Klimawandels - seien es Staaten, Individuen oder
149 Gruppen - die den globalen Norden zur Verantwortung ziehen wollen.

150
151 Doch langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur
152 Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden,
153 brauchen wir eine globale, transnationale
154 Politik, die echten Umweltschutz mit Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei
155 der die Rechte der Lohnabhängigen in Europa nicht gegen die Bedürfnisse der
156 Menschen in den ärmsten Regionen dieser
157 Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine
158 Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile
159 der Welt und der Zerstörung unserer
160 Lebensgrundlage beruht.

161 **Umwelt retten, Klimakrise bekämpfen**

162 Für ein verbindliches und ambitioniertes Regelwerk im internationalen 163 Klimaschutz

164 Seit 2016 ist das Pariser Klimaabkommen in Kraft. Obwohl es als großer Schritt
165 im Kampf gegen die Klimakrise hervorgehoben wurde, sind seine Konsequenzen
166 bestenfalls unklar. Zudem manifestiert es an vielen Stellen bestehende
167 Ungerechtigkeiten. In diesem Jahr wird die Klima-COP erneut in Polen
168 stattfinden. Dort soll endlich ein Regelwerk für den internationalen Klimaschutz

169 entstehen und verabschiedet werden. Dies wäre ein längst überfälliger Schritt im
170 Kampf gegen die Klimakrise. Ein solches Regelwerk könnte dafür sorgen, dass
171 endlich tatsächlich Maßnahmen angegangen werden, die dem Ernst der Lage gerecht
172 werden. Dafür ist es unerlässlich, dass das Regelwerk verbindlich, durchsetzbar
173 und ambitioniert ist. Um ein solches Regelwerk zu erreichen, muss Deutschland
174 endlich seiner Verantwortung gerecht werden und in einer "Koalition der
175 Willigen" mit anderen Ländern zusammen voran gehen. Zu den wichtigen Punkten
176 gehören für uns:

177 • Finanzierung: Die durch die Staaten des Globalen Nordens zugesagten 100 Mrd.
178 US-Dollar für die Staaten des Globalen Südens müssen endlich ohne Umrechnung und
179 Einpreisung in bisherige Zahlungen fließen. Diese Gelder dürfen sich zugleich
180 nicht auf die Minderung von Emissionen fokussieren, sondern müssen in einem
181 Gleichgewicht zu Mitteln für die Klimaanpassung stehen. Wer unter den Folgen der
182 Klimakrise leidet, hat einen Anspruch auf Förderung und Reparationszahlungen.
183 Eine Förderung der "Verlust"-Forderungen von Staaten wie Saudi-Arabien, welche
184 Geld dafür haben wollen, Öl im Boden zu lassen anstatt es zu verwerten, lehnen
185 wir ab.

186 • National bestimmte Beiträge: Die Beiträge zur Klimapolitik, die jeder Staat im
187 Rahmen des Pariser Klimaabkommens abgeben muss, müssen klar definiert werden.
188 Die Einhaltung dieser Beiträge muss endlich verpflichtend werden. Es darf nicht
189 weiter nur um Emissionsminderung gehen, auch Anpassung, "Verlust und Schaden"
190 sowie Klimafinanzierung sind für uns elementare Bestandteile einer
191 ambitionierten Klimapolitik. Der Sonderbericht des IPCC hat gezeigt, dass das
192 1,5°-Ziel noch erreichbar ist – die angekündigten Beiträge der Staaten führen
193 aber zu einer Erwärmung weit über zwei Grad. Daher müssen die angekündigten
194 Beiträge, insbesondere jene des Globalen Nordens, vor 2020 überholt werden.
195 Anschließend soll ihre Überprüfung und, wenn notwendig, Verschärfung in einem
196 Zyklus von fünf Jahren erfolgen.

197 • Rechte: Nicht nur die Klimakrise gefährdet Menschenrechte. Auch die Umsetzung
198 spezifischer Maßnahmen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens kann die Rechte von
199 Menschen verletzen. In allen Aspekten von Klimapolitik müssen daher
200 Menschenrechte, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von indigenen Völkern,
201 lokalen Gemeinschaften, Migrant*innen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und
202 besonders schutzbedürftigen Menschen und das Recht auf Entwicklung sowie die
203 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt und eingehalten werden. Für uns geht es
204 dabei aber nicht nur um Menschenrechte im weiteren Sinne, sondern auch um das
205 Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung und das Recht auf
206 Entwicklung. Das Regelwerk darf nicht zu einer weiteren Verteilung von Lasten
207 hin zum Globalen Süden führen.

208 • Marktmechanismen: Der Clean Development Mechanism – zentraler Marktmechanismus
209 unter der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) – sollte nicht fortgeführt werden. Er

210 hat jetzt schon zu massiven Menschenrechtsverletzungen in der
211 Implementierungsphase geführt und war insgesamt auch nicht sonderlich
212 erfolgreich. Sollte er dennoch übernommen werden, so muss er massiv verändert
213 werden. Dazu gehören die Einrichtung eines Beschwerdekörpers für durch die
214 Projekte Betroffene sowie der Ausschluss falscher Lösungen wie CO₂-
215 Abscheidung und -Speicherung. Gleichzeitig braucht es nicht marktbasierete
216 Lösungen und eine globale Treibhausgas-Steuer.

217 Wir sind überzeugt, dass marktbasierete Mechanismen keine realistischen Lösungen
218 sind.

219 Aktivist*innen weltweit
220 schützen, Globale Bewegungen stärken! Auch wenn Klimakonferenzen und der Pariser
221 Klimavertrag eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und eine
222 Positionierung hier absolut notwendig ist, ist auch klar: Sie werden das Problem
223 allein nicht lösen. Für die internationale Klimabewegung, die lokale Kämpfe
224 global verknüpft und die Interessen derjenigen ins Zentrum rückt, die besonders
225 vom Klimawandel betroffen sind, können die Klimakonferenzen deshalb
226 Anknüpfungspunkt sein. Ihr Potenzial verwirklicht sie jedoch nur dann, wenn sie
227 auch abseits davon sichtbar ist und die Strategien auch der durch bestehende
228 Machtverhältnisse geprägten UN-Klimaverhandlungen anwendet. Dafür brauchen wir
229 eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten Jahren wurden
230 unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den unmenschlichen
231 Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne widersetzt haben.
232 Sei es beim Einsatz für gerechtere Arbeitsbedingungen beim Steinkohleabbau in
233 Kolumbien oder dem Einsatz gegen die Öl-Lecks von Shell im Niger Delta, diese
234 lokalen Kämpfe haben immer eine globale Dimension und sind von unseren
235 politischen Auseinandersetzungen in Europa trennbar. Sie verknüpfen gemeinsame
236 Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die
237 Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und
238 unserer Lebensgrundlagen. Wir solidarisieren uns mit globalen Kämpfen und
239 stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen Ausbeutung, Armut und die
240 Zerstörung unserer Lebensgrundlagen streiten. Diese Kämpfe werden oft auch gegen
241 die herrschende Ordnung geführt. Daher stellen wir uns explizit hinter
242 Strategien und Taktiken wie zivilen Ungehorsam, die herrschende Institutionen
243 umgehen. Globale Kämpfe können nicht nur innerhalb der herrschenden
244 Institutionen gewonnen werden – sie müssen über diese hinausgehen. Dabei dürfen
245 globale Kämpfe niemals lokale Kämpfe aus den Augen
246 verlieren. Es ist wichtig ihre Verknüpfung im Auge zu behalten und zu erweitern.
247 Das bezieht sich nicht nur auf räumliche Perspektiven, sondern auch auf
248 Verknüpfungen über Themenkomplexe hinweg.
249 Und während Krisen und Ausbeutung immer weiter voranschreiten, werden die
250 Spielräume für Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und Aktivist*innen immer weiter
251 eingeschränkt oder gar ganz
252 geschlossen. Dass dies nicht nur in autokratischen, sondern auch demokratischen
253 Staaten geschieht, spiegelt letztlich den globalen Rechtsruck wieder.

254
255 Vermehrt auftretende Extremwetterereignisse wie Hitzerekorde, Dürreperioden und
256 Starkregenereignisse haben gezeigt, wie die Klimakrise auch Deutschland
257 betreffen könnte. Die mediale Verknüpfung derartiger Wetterereignisse mit dem
258 Klimawandel und nicht zuletzt der
259 organisierte Widerstand gegen den klimaschädlichen Braunkohleabbau am Hambacher
260 Wald oder bei Ende Gelände haben das Thema wieder auf die Tagesordnung gehoben.
261

262 Denn langfristig betrifft die Klimakrise uns alle - sie wird immer mehr zur
263 Existenzfrage der Menschheit. Um echte Antworten auf diese Frage zu finden,
264 brauchen wir eine globale, transnationale Politik, die echten Umweltschutz mit
265 Gerechtigkeit weltweit zusammen denkt. Bei der die Rechte der Lohnabhängigen in
266 Europa nicht gegen die Bedürfnisse der Menschen in den ärmsten Regionen dieser
267 Welt ausgespielt, sondern miteinander verbunden werden. Und deren Ziel eine
268 Gesellschaft ist, in der Wohlstand nicht mehr auf der Ausbeutung großer Teile
269 der Welt und der Zerstörung unserer
270 Lebensgrundlage beruht.
271

272 Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns
273 mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen
274 Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei nicht
275 als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern als
276 gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die
277 Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und
278 unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität insbesondere
279 Aktivist*innen die sich gegen globale
280 Autorisierungstendenzen und Faschisierung einsetzen und unter schwierigsten
281 Bedingungen für ihre Rechte einstreten. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere
282 Unterstützung von Aktivist*innen und
283 zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen
284 ein.
285

286 Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die
287 Klimakämpfer*innen,
288 Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen wirkungsvoll schützen, notfalls
289 über konkrete

290 Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten
291 Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den
292 unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne
293 widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem
294 Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die
295 Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.
296

297 **Klimaziele müssen endlich an den Pariser Klimavertrag angepasst werden**
298
299

300 Um den Kohleausstieg zu verhindern deckelt und bremst die Bundesregierung den
301 Ausbau Erneuerbarer Energien im Strombereich massiv, und weigert sich, die
302 Nutzung von Überschussstrom für die Wärme- und Verkehrswende zu ermöglichen. Sie
303 behauptet, dass man nicht gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteigen könne: das
304 ist natürlich sachlich falsch – aber offenbar mit dem EEG 2017 gesetzlich
305 festgeschriebenes Ziel der Bundesregierung. Denn laut diesem Gesetz darf der
306 Anteil erneuerbarer Energien im Stromsektor bis 2025 45% nicht übersteigen, was
307 genau dem Anteil der Erneuerbaren Energien und dem bis 2022 wegfallenden
308 Atomstrom entspricht. Wir fordern dagegen: 95% Erneuerbare Energien bei Strom,
309 Wärme und Verkehr bis 2040 deutschland- und europaweit. Das ist kein Idealismus,
310 sondern bereits bittere Realpolitik: denn um unter 1,5 Grad zu bleiben müsste
311 die Welt bis 2030 klimaneutral werden. Deutschland müsste für echte
312 Klimagerechtigkeit zudem doppelt so schnell Treibhausgase (THG) reduzieren, wie
313 der Weltdurchschnitt, damit alle Menschen den gleichen THG-Fußabdruck hätten.
314 Außerdem werden einzelne Ziele wie „-55% THG bis 2030“ in der Realität erst kurz
315 vor knapp erreicht, die Berechnungen gehen aber von einer gleichmäßigen
316 Reduktion aus.

317
318 Deshalb müssen zusätzlich Gesamt-Treibhausgasbudgets, oder noch einmal deutlich
319 ambitioniertere Ziele beschlossen werden. Das Gesamt-Treibhausgasbudget für eine
320 klimaungerechte Energiewende für 50% Wahrscheinlichkeit, unter 1,5 Grad zu
321 bleiben betrüge 5,5 mal die Emissionen des Jahres 2018, für 66%
322 Wahrscheinlichkeit unter 2 Grad zu bleiben 17 Jahresemission, der von uns
323 vorgeschlagene Mittelwert zwischen beiden 11,25 Jahresemissionen. Die
324 Klimaschädlichkeit von anderen Treibhausgasen als CO₂, etwa Methan, muss
325 außerdem endlich
326 mit den aktuellen Werten des IPCC von 2013, statt von 2007 berechnet werden!
327 Dann beträgt die Klimaschädlichkeit von Methan nach 100 Jahren das 34fache von
328 CO₂, statt nur das 25fache. Der Wert nach 20 Jahren beträgt allerdings noch 87.
329 Wenn wir in den nächsten 12-32 Jahren weltweit klimaneutral werden sollen, kann
330 es ferner nicht angehen, ausschließlich den 100 Jahres-Wert zur Berechnung zu
331 verwenden.
332 Dementsprechend halten wir auch die derzeitigen Ziele von Bündnis 90/Die Grünen,
333 in Deutschland mit allen Sektoren außer dem Strom, und in Europa generell erst
334 2050 klimaneutral zu werden, für unzureichend. Wir werden in Bund, Ländern und
Kommunen dafür kämpfen, dass sich das ändert.

335 Dafür brauchen wir eine global starke Umwelt- und Klimabewegung. In den letzten
336 Jahren wurden unzählige Umweltaktivist*innen getötet, die sich den
337 unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Strategien und Folgen fossiler Konzerne
338 widersetzt haben, wie beispielsweise in den Ölfeldern Nigerias oder dem
339 Kohleabbau in Kolumbien. Wir setzen uns weltweit für den Schutz und die
340 Unterstützung von Klimaaktivist*innen ein.

341
342 Die Agrarwende als Voraussetzung für Umweltschutz und Globale Gerechtigkeit
343 Einer der größten Klimakiller ist die fehlgeleitete Agrarpolitik der
344

345 zurückliegenden Jahrzehnte. Doch nicht nur das Klima wird stark von der
346 Landwirtschaft beeinflusst, auch andere Umweltprobleme wie
347 Biodiversitätsverlust und Bodendegradation sind in großem Maße dadurch bedingt.
348 Ein weiteres Problem stellt der globale Handel mit landwirtschaftlichen
349 Produkten dar. Während die Europäische Union im Rahmen ihrer
350 Entwicklungszusammenarbeit Agrarexpert*innen in Länder des Globalen Südens
351 entsendet, um dort kleinbäuerliche Landwirtschaft auch in Zeiten des
352 Klimawandels weiter möglich zu machen, exportieren europäische Unternehmen
353 zugleich massenhaft Milchpulver und Hähnchenschenkel, die dieser
354 Kleinbäuerlichen Landwirtschaft die Existenzgrundlage entziehen. Damit wird
355 nicht nur eine ökologische Landwirtschaft im Globalen Süden von der
356 industriellen Landwirtschaft in den westlichen Industriestaaten untergraben,
357 sondern auch die
358 Ernährungssouveränität vieler Länder immer weiter abgebaut.
359 Ein weiterer Faktor ist land grabbing, bei dem Land an meist ausländische
360 Investor*innen verkauft wird und die lokale Bevölkerung vertrieben wird. Dies
361 muss eingeschränkt werden. Die GRÜNE
362 JUGEND sieht Boden als Grundlage für Leben und damit auch als Menschenrecht an.
363 Wir fordern ein Beteiligungsrecht der Betroffenen sowie die Anerkennung und
364 Einklagbarkeit von Wohnheitsrechten, sowie non-formalen, Landeigentums- und
365 Landnutzungsrechten. Nicht nur
366 Landtitel im Sinne eines westlichen Privateigentums dürfen eine Rolle spielen.
367 Das Argument, dass diese Flächen, welche durch land grabbing genommen werden,
368 großflächig intensiv bewirtschaftet werden müssen, um die Weltbevölkerung
369 ausreichend mit Nahrung versorgen zu können, ist schon lang widerlegt worden.
370 Aktuell könnten wir 12-14 Milliarden Menschen mit dem versorgen, was produziert
371 wird und es sind die Kleinbäuerlichen Strukturen, welche einen Großteil der
372 Nahrung produzieren und besser an regionale Gegebenheiten angepasst sind. Nur
373 durch den Erhalt dieser kann Ernährungssouveränität garantiert werden.
374

375 Die GRÜNE JUGEND setzt sich dafür ein, die weitere Intensivierung und
376 Industrialisierung der Landwirtschaft zu stoppen. Die globale Diversifizierung,
377 wie sie bei Unternehmen propagiert wird,
378 sollte nicht auf die Landwirtschaft angewendet werden. Lebensmittel und ihre
379 nötigen Betriebsmittel sollen regional produziert werden. Um
380 Ernährungssicherheit zu gewährleisten, müssen sich die
381 Verteilung ändern, weniger Lebensmittel weggeworfen und die Produktion
382 tierischer Lebensmittel und Konsumgüter verringert werden.
383 Die Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter ist schädlich fürs Klima,
384 da bei der Viehzucht extrem viel Methan und Kohlenstoffdioxid ausgestoßen
385 werden, die den Treibhauseffekt verstärken
386 und somit maßgeblich zum globalen Temperaturanstieg beitragen. Außerdem dient
387 ein großer Teil der pflanzlichen Landwirtschaft der Futtermittelproduktion. Auch
388 das können wir so einschränken. Die
389 Produktion tierischer Lebensmittel und Konsumgüter muss drastisch reduziert
390 werden. Zudem müssen Exporte von vor allem Fleischprodukten, die insbesondere
391 die lokalen Märkte in Ländern des globalen

392 Südens kaputt machen, gestoppt werden. Wir fordern, dass öffentliche Subventionen
393 in Zukunft nur für ökologische, kleinbäuerliche
394 Landwirtschaft bewilligt werden. Gefördert soll außerdem eine kleinräumige
395 Bewirtschaftung werden, welche zum Erhalt der Biodiversität beiträgt. Eine
396 vollständige Agrarwende nimmt alle Umweltauswirkungen der Landwirtschaft in den
397 Blick und findet innovative Wege, wie Bodendegradation, Eutrophierung,
398 Artensterben und gesundheitliche
399 Schäden durch Landwirtschaft verhindert werden können. Es ist möglich, die
400 Menschheit zu ernähren, ohne die Umwelt zu zerstören. Ökologische Landwirtschaft
401 ist ein Schritt in die richtige Richtung, Konzepte aus der Permakultur können
402 dabei helfen, weiter zu denken. Es wird deutlich, dass die Folgen der Klimakrise
403 global extreme Folgen für Umwelt und Mensch haben und in Zukunft auch noch
404 stärker haben werden. Daher ist es wichtig frühzeitig betroffene Staaten zu
405 unterstützen: Von der Anpassung an die Folgen der Klimakrise bis hin zur
Schaffung von Möglichkeiten der Migration.

406 **Klimabedingte Migration würdevoll gestalten**

407 Die Folgen des Klimawandels sind schon heute deutlich spürbar. Immer mehr
408 Menschen verlieren aufgrund des Klimawandels ihr Zuhause. Durch den steigenden
409 Meeresspiegel und die Ausbreitung von Dürregebieten werden bestimmte Teile der
410 Erde in den nächsten Jahrzehnten unbewohnbar werden. Der Klimawandel ist für die
411 Menschen dort schon lange kein theoretisches Konzept mehr, sondern knallharte
412 Realität. Er bedeutet Ernteverlust, Wasserknappheit, Überschwemmungen und
413 Hitzewellen, spitzt bestehende Verteilungskonflikte zu und führt an vielen
414 Stellen zum Verlust der Lebensgrundlage. Unser Kampf gegen den Klimawandel muss
415 deshalb immer auch eine menschenrechtsorientierte Klimafolgenanpassung, also den
416 verantwortungsvollen Umgang mit den Konsequenzen der Klimakatastrophe
417 beinhalten. Dabei haben die Staaten, die historisch in besonders starkem Maße zu
418 den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben, wie die Staaten der
419 Europäischen Union, im Sinne des Verursacherprinzips eine zentrale Bedeutung.
420 Das betrifft insbesondere die westlichen Industriestaaten und die sogenannten
421 Globalisierungsgewinner*innen. Diese haben über einen langen Zeitraum hinweg die
422 Kosten ihrer Lebens- und vor allem Wirtschaftsweise in andere Teile der Erde
423 ausgelagert. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Teile der Erde nun mit den
424 Folgen davon allein gelassen werden.

425 Für eine frühzeitige, selbstbestimmte und würdevolle Migration

426 Unser Ziel ist es, dass möglichst wenige Menschen durch den Klimawandel zur
427 Migration gezwungen werden. Dafür brauchen wir nicht nur ein entschlossenes
428 Eintreten gegen den Klimawandel, sondern auch Unterstützung für die Staaten, die
429 besonders von seinen Konsequenzen betroffen sind, bei der technischen und
430 finanziellen Anpassung an die Folgen des Klimawandels, sowie bei der Bewältigung
431 von humanitären Katastrophen in Folge von extremen Wetterereignissen. Doch das
432 allein wird nicht reichen. Dennoch werden Menschen in den nächsten Jahrzehnten
433 dazu gezwungen sein, übergangsweise oder permanent ihr Zuhause zu verlassen. Es

434 ist eine zentrale Aufgabe der Weltgemeinschaft, diesen Menschen die Möglichkeit
435 zu einer frühzeitigen, selbstbestimmten und würdevollen Migration und
436 langfristige Perspektiven zu bieten. Der Umgang mit diesen Menschen wird ein
437 zentraler Prüfstein für ein humanitäres Europa sein.

438 Im Zentrum müssen dabei die Interessen der Bewohner*innen aus besonders stark
439 betroffenen Regionen stehen. Wir unterstützen deshalb bereits bestehende
440 Prozesse, in denen schon heute betroffene Staaten mit Anrainerstaaten über
441 völkerrechtliche Ansätze zum Umgang mit der klimabedingten Migration beraten,
442 wie die „Task Force on Displacement“, die „Nansen-Initiative“ oder den
443 „Warschauer Mechanismus“. Menschenrechtsbasierte Replacement-Programme von
444 Kommunen innerhalb von Staaten oder von Staatsbevölkerungen in Anrainerstaaten
445 müssen finanziell unterstützt werden. Außerdem sollen Kompensationen für
446 Verluste und Schäden durch den Klimawandel für Klimageschädigte, sowohl Staaten
447 als auch Individuen, einklagbar werden. Dafür brauchen sie einen effektiven
448 Rechtsschutz. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Pionierklagen gegenüber
449 Großunternehmen und Staaten mit einer besonders schlechten Klimabilanz im Rahmen
450 einer globalen Gerechtigkeitsstrategie unterstützt und die internationale
451 Zusammenarbeit bei der Prozesskostenhilfe gefördert werden.

452 Klimapass als Zeichen der Verantwortung

453 Gleichzeitig wollen wir die individuellen Möglichkeiten und Rechte der von
454 klimabedingter Migration betroffenen Menschen stärken. Während Migration häufig
455 autoritär-zentralistisch organisiert wird, ist es unser Ziel, das einzelne
456 Individuum in den Mittelpunkt zu stellen. Deshalb fordern wir, dass die Staaten,
457 die in besonders starkem Maße zum Klimawandel beigetragen haben, den Menschen,
458 die dadurch ihr Zuhause verlieren werden, zunächst den Bewohner*innen der
459 pazifischen Inselstaaten, die Staatsbürgerschaft anbieten. Die Staaten der
460 Europäischen Union sollen hier im Rahmen einer gemeinsamen Vereinbarung voran
461 gehen und gleichzeitig international um weitere Partner*innen werben. Damit die
462 Möglichkeit der würdevollen Migration auch tatsächlich besteht, soll sie von
463 Unterstützungsangeboten, die Teilhabe sichern, begleitet werden. Ein solcher
464 Klimapass wäre nicht nur ein Zeichen der Solidarität, sondern auch eine wichtige
465 Voraussetzung für globale Verantwortung.

466 Klimaflüchtende schützen

467 Während es unser Ziel ist, möglichst vielen Menschen eine frühzeitige und
468 selbstbestimmte Migration zu ermöglichen, wird es Menschen geben, für die diese
469 Maßnahmen zu spät kommen und die vor den Folgen des Klimawandels so hart
470 getroffen werden, dass sie zur Flucht gezwungen sind. Diese Menschen verdienen
471 besonderen Schutz, für sie gilt es, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen.
472 Wir setzen uns für die Aufnahme von Klimaflüchteten ein. Wir brauchen
473 humanitäre Lösungen für die Herausforderung Klimaflucht, auch hier müssen legale
474 Fluchtwege geschaffen werden. Dafür sollen Wege gefunden werden, dass
475 Umweltkatastrophen und Folgen des Klimawandels langfristig zum Beispiel im
476 Rahmen einer ergänzenden Schutzkonvention zur Genfer Flüchtlingskonvention als

477 Fluchtgründe anerkannt werden.

478 **Gleichwertige Lebensverhältnisse überall - für eine Globale**
479 **Gerechtigkeitspolitik**

480 Der Klimawandel verschärft bestehende soziale Probleme und Verteilungskämpfe.
481 Oft sind diejenigen am meisten betroffen, die sowieso schon unter Ausbeutung und
482 Armut leiden. Wir denken Ökologie und Gerechtigkeit zusammen und wollen den
483 Kampf gegen die Klimakrise mit dem Einsatz für Globale Gerechtigkeit verbinden.
484 Unser Ziel sind dabei gleichwertige Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt. Der
485 Geburtsort ist reiner Zufall und es ist zutiefst ungerecht, dass er heute in
486 großen Teilen darüber entscheidet, ob ein Mensch in Armut lebt und/oder
487 humanitären Katastrophen ausgesetzt ist. Wir wollen, dass Menschen überall gut
488 leben können.

489 Solidarität mit sozialen Kämpfen weltweit

490 Im Einsatz für solche gleichwertigen Lebensverhältnisse solidarisieren wir uns
491 mit sozialen Kämpfen weltweit und stellen uns an die Seite derjenigen, die gegen
492 Ausbeutung und Armut streiten. Diese sozialen Kämpfe verstehen wir dabei nicht
493 als getrennt von unseren politischen Auseinandersetzungen in Europa, sondern als
494 gemeinsame Kämpfe gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem und eine Politik, die
495 Wirtschaftsinteressen höher priorisiert als den Schutz von Menschenrechten und
496 unserer Lebensgrundlage. Dabei gilt unsere Solidarität insbesondere
497 Aktivist*innen die sich gegen globale Autorisierungstendenzen und Faschisierung
498 einsetzen und unter schwierigsten Bedingungen für ihre Rechte einstehen. Wir
499 setzen uns deshalb für eine stärkere Unterstützung von Aktivist*innen und
500 zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritären Staaten und Diktaturen
501 ein. Die Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen beinhaltet auch die
502 Forderung nach gleichwertigen Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für
503 international verbindliche Regeln zum Schutz vor ausbeuterischen
504 Arbeitsverhältnissen ein und solidarisieren uns mit Gewerkschafter*innen, die
505 überall auf der Welt für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Im globalen Kampf
506 gegen Armut setzen wir uns außerdem für die Förderung von Modellversuchen des
507 Bedingungslosen Grundeinkommens auch auf transnationaler Ebene ein, da dieses
508 gerade in Ländern mit kaum existierenden Sozialsystemen und enormen
509 Einkommensunterschieden den Zugang zu einem menschenwürdigen und
510 selbstbestimmten Leben ermöglichen kann.
511 Außerdem machen wir uns für globale Mechanismen und Instrumente stark, die
512 Klimakämpfer*innen, Gewerkschafter*innen und generell Aktivist*innen
513 wirkungsvoll schützen, notfalls über konkrete Schutzprogramme. Der Bedrohung von
514 Aktivist*innen bis hin zur Ermordung muss endlich ein wirkungsvoller Riegel
515 vorgeschoben werden.

516 Globale Gerechtigkeitspolitik statt neoliberaler Entwicklungshilfe

517 Aus dem Kampf für global gleichwertige Lebensverhältnisse ergibt sich unserer

518 Ansatz einer Globalen Gerechtigkeitspolitik. Im Kontrast zur aktuellen
519 Entwicklungspolitik, die an vielen Stellen nichts anderes als Interessenpolitik
520 westlicher Industriestaaten ist, fordern wir eine Politik, die sich an ihrem
521 Beitrag für mehr globale Gerechtigkeit, für eine Angleichung der
522 Lebensverhältnisse und für einen nachhaltigen und ökologischen Umgang mit Umwelt
523 und Ressourcen messen lässt. Wir stellen uns gegen eine Vorstellung von
524 "Entwicklung", die darauf beruht, im Sinne einer Angleichung an den Globalen
525 Norden kapitalistische Strukturen in Ländern des Globalen Südens zu fördern, die
526 in erster Linie Investitionen eigener Unternehmen vereinfachen. Globale
527 Gerechtigkeitspolitik zielt nicht darauf ab, dass Staaten im Globalen Süden nach
528 dem Vorbild westlicher Industriestaaten umgebaut werden, sondern dass überall
529 auf der Welt gute und würdevolle Lebensverhältnisse geschaffen und bestehende
530 Machtverhältnisse abgebaut werden.

531 Globale Gerechtigkeitspolitik umfasst nicht nur staatliche Kooperationen und
532 "Entwicklungszusammenarbeit". Vielmehr ist sie ein Querschnittsthema und
533 betrifft auch einen Wandel der Weltwirtschaftsordnung, einen Paradigmenwechsel
534 in der Handelspolitik und eine zeitgerechte Umweltpolitik. Ein großes Problem
535 der aktuellen Entwicklungspolitik ist, eine mangelnde Kohärenz verschiedener
536 Politikfelder in den westlichen Industriestaaten und ein eurozentrischer und
537 evolutionistischer Entwicklungsbegriff der ihr zu Grunde liegt.. Häufig geraten
538 entwicklungspolitische Bemühungen mit außen- und wirtschaftspolitischen
539 Interessen in Konflikt oder treten hinter diesen zurück. Doch Globale
540 Gerechtigkeitspolitik bedeutet, dass auch diese Politikfelder im Sinne der
541 Globalen Gerechtigkeit ausgestaltet werden. Deshalb fordern wir dass politische
542 Maßnahmen im Globalen Norden verbindlich im Rahmen einer "Global South
543 Mainstreaming" Analyse auf ihre Auswirkungen auf Länder im Globalen Süden
544 untersucht werden.

545 Auf dem Weg zu einer Globalen Gerechtigkeitspolitik fordert die GRÜNE JUGEND die
546 Gelder für Entwicklungszusammenarbeit aus dem Bundeshaushalt endlich auf
547 mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben und diese Mittel
548 demokratischen und rechtsstaatlichen Ländern im globalen Süden ohne
549 Projektbindung zur Verfügung zu stellen. Das politische Ringen um die
550 Entwicklung eines Staates darf nicht durch Geldmittel anderer Staaten
551 entdemokratisiert werden, sondern muss ein Aushandlungsprozess innerhalb eines
552 Staates durch Parlamente und zwischen Staaten auf Augenhöhe sein.
553 Gleichzeitig sollen Gelder nicht nur Staaten, sondern auch
554 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Organisationen zukommen. Das ist gerade
555 dort wichtig, wo Staaten demokratische Prinzipien verraten und
556 zivilgesellschaftliches Engagement eingeschränkt wird. Wir stellen uns gegen
557 jegliche Versuche, Entwicklungszusammenarbeit mit der Unterstützung bei der
558 Abschottungspolitik der Europäischen Union zu verbinden. Abkommen, die diesem
559 Prinzip folgen, wie zum Beispiel das Rückführungsabkommen mit Libyen, müssen
560 unverzüglich aufgekündigt werden.

561 Globale Nachhaltigkeit ohne Wirtschaftswachstum

562 Die GRÜNE JUGEND begrüßt grundsätzlich Beschluss und Umsetzung der Sustainable
563 Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen. In den SDGs wird allerdings
564 noch immer auf Wirtschaftswachstum als Mittel gegen Armut und schlechte
565 Lebensumstände im globalen Süden gesetzt.

566 Das durch die SDGs postulierte Nachhaltigkeitsverständnis beruht auf der
567 Annahme, Nachhaltigkeit sei nur durch ein "Gleichgewicht" von Ökonomie, Ökologie
568 und Sozialem erreichbar. Dieses Nachhaltigkeitsnarrativ ist politisch und
569 gesellschaftlich breit verankert. Es führt letztlich dazu, dass Ökologie und
570 Soziales als entgegengesetzte Pole betrachtet und beide Elemente
571 Wirtschaftswachstum untergeordnet werden. Die Konflikte, die zwischen den drei
572 Feldern entstehen, werden innerhalb der SDGs nicht aufgelöst, insbesondere
573 zwischen sozio-ökonomischen Fortschritt und ökologischer Nachhaltigkeit. Es kommt
574 zu größerer sozialer Ungleichheit und auch mehr Umweltproblemen, obwohl es viele
575 und auch gute Ziele in diesen Bereichen gibt und sogar in der Einleitung der
576 Agenda anerkannt wird, dass es soziale und ökonomische Entwicklung nicht
577 nachhaltig geben kann, wenn die Ressourcen des Planeten ausgebeutet werden. So
578 ignorieren die Vereinten Nationen letztlich die Belastungsgrenzen von Natur und
579 Gesellschaft. Umweltzerstörung, Klimakrise und Armut werden durch Wachstum nicht
580 bekämpft, sondern verschärft.

581 Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen das Dogma des Wirtschaftswachstums und setzt
582 sich für eine Wirtschaftsweise ein, bei der Wohlstand nicht mehr am BIP gemessen
583 wird und allen Menschen statt überflüssigem Konsum ein gutes Leben geboten wird.
584 Auf Ebene der Vereinten Nationen muss
585 anerkannt werden, dass Klimaschutz, ein nachhaltiger Umgang mit natürlichen
586 Ressourcen sowie ein Ende der massiven globalen Ungleichheit nicht erreichbar
587 sind ohne eine Abkehr vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum. Es braucht einen
588 ethischen Ansatz, der Bedürfnisse von Menschen und den Umgang mit unseren
589 Lebensgrundlagen ins Zentrum rückt.

590 Gerechte Handelspolitik und faire Beschaffung Wirklichkeit werden lassen

591 Der handelspolitische Neoliberalismus von Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA
592 oder JEFTA muss durch eine Handelspolitik auf Grundlage fairer und ökologischer
593 Standards ersetzt werden. Dieser Ansatz sollte nicht mit einer Infragestellung
594 europäischer Zuständigkeit einhergehen, sondern muss auf dem Kampf um politische
595 Mehrheiten und Bewegungen für eine faire Handelspolitik in Europa fußen. Das
596 Zurückfallen in eine nationalstaatliche Handelspolitik oder in einen
597 nationalstaatlichen Protektionismus lehnt die GRÜNE JUGEND klar ab. Vielmehr
598 müssen einheitliche, transnationale Standards gesetzt werden, die diejenigen
599 fördern, die ökologisch und sozial produzieren und diejenigen einen Riegel
600 vorschieben, die auf Kosten menschlicher Gesundheit und der Stabilität unseres
601 Ökosystems wirtschaftliche Profite erzielen. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND
602 ein einheitliches Siegel, das die ökologischen und sozialen Ansprüche an die
603 globale Produktionsweise vereint. Dieses Siegel soll zur Voraussetzung von
604 Importen und Exporten in und aus der Europäischen Union werden.

605 Globale Gerechtigkeitspolitik muss also auf eine gleichberechtigte und
606

607 nachhaltige Entwicklung der gesamten Weltgemeinschaft hinwirken. Dafür müssen
608 auch die notwendigen Schritte in der Entwicklung von Ländern des globalen
609 Nordens hin zu fairer Beschaffung der öffentlichen Hand gegangen werden. Die
610 Bundesrepublik, die Länder und die Kommunen beschaffen im Jahr Güter im Wert von
611 rund 300 Milliarden Euro. Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Siegel
612 muss die öffentliche Hand vorausgehen. Die GRÜNE JUGEND fordert daher, dass die
613 Beschaffungsstellen des Bundes, der Länder und der Kommunen mit entsprechend
614 fachlicher Expertise ausgestattet und verpflichtet werden müssen, jegliche Güter
615 fair zu beschaffen.

616 Für "fairen Handel" reicht es jedoch nicht aus, wenn Arbeiter*innen im Globalen
617 Süden, die die Rohstoffzufuhr für Veredelungsgüter im globalen Norden absichern,
618 einen ortsüblich vergleichbar guten Lohn erhalten. Denn mit diesem wird
619 möglicherweise ein vergleichsweise gutes Leben ermöglicht, von europäischen
620 Lebensstandards kann aber noch lange nicht die Rede sein. Solange Länder des
621 globalen Südens nur als Rohstofflieferanten und Länder des globalen Nordens als
622 Veredelungsökonomien betrachtet werden, wird eine faire Angleichung von
623 Lebensstandards systematisch untergraben. Folglich darf fair nicht nur bedeuten,
624 dass fair produzierte Kaffeebohnen nach Europa transportiert werden, die dann
625 von europäischen Röstereien veredelt werden. Fair muss bedeuten, dass Länder des
626 globalen Südens die Möglichkeit erhalten müssen, selbst von ihren Rohstoffen,
627 von ihren Spezialisierungen, von ihren Erfahrungen und ihrer Kompetenz zu
628 profitieren. Das ist aber solange nicht möglich, wie auf veredelten Kaffee ein
629 weit höherer Einfuhrzoll nach Europa aufgeschlagen wird als auf den Rohstoff,
630 die Kaffeebohne. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass dieser unfaire Protektionismus
europäischer Staaten umgehend beendet wird.

631 **Die Welt rettet sich nicht von allein!**

632 Diese Kämpfe werden wir nicht alleine gewinnen und wir werden sie auch nicht nur
633 in Deutschland und Europa gewinnen. Aber es ist notwendig, dass wir alle jetzt
634 anpacken, um Schlimmeres zu verhindern und gleichzeitig eine echte
635 Zukunftsperspektive aufzumachen.

636 Wir werden auch Hand in Hand mit den sozialen und ökologischen Bewegungen auf
637 dem ganzen Planeten kämpfen müssen. Wir stehen solidarisch mit den
638 Gewerkschafter*innen überall auf der Welt, die für gerechte Bezahlung und gute
639 Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir stehen solidarisch mit den Menschen, die gegen
640 die Zerstörung ihres Wohnortes kämpfen. Und wir schmieden gemeinsam an
641 Bündnissen mit allen Akteur*innen, die diesen Kampf für eine gerechtere und
642 bessere Welt führen und die bestehenden Verhältnisse umschmeißen wollen.

643 Wir haben eine Welt zu retten, also warten wir nicht länger.